

Gustav Stresemann über die Ruhrbesetzung (7. März 1923)

Kurzbeschreibung

Gustav Stresemann (1878-1929), der Gründer und Vorsitzende der Deutschen Volkspartei (DVP), hielt die folgende Rede vor dem Reichstag am 7. März 1923, nur zwei Monate nachdem die Franzosen und Belgier mit der Besetzung des deutschen Ruhrgebiets begonnen hatten, um die Zahlung von Reparationen zu erzwingen. Diese Besetzung hatte die Deutschen so empört, dass die Führung in Berlin sofort die Reparationszahlungen einstellte, im gesamten Ruhrgebiet zum Generalstreik aufrief und die örtlichen Regierungs- und Eisenbahnbeamten von jeglicher Zusammenarbeit mit den französischen oder belgischen Behörden abhielt. Darüber hinaus versprach die deutsche Regierung ihren Bürgern eine Entschädigung für die Einkommensverluste, die sie durch ihre Teilnahme am „passiven Widerstand“ erlitten hatten – ein Versprechen, das die ohnehin schon hohe Inflationsrate weiter in die Höhe schießen ließ und die angeschlagene Wirtschaft weiter destabilisierte.

Stresemann diente von August bis November 1923 als Reichskanzler und führte Deutschland durch die schlimmste Zeit der Ruhrbesetzung und der damit einhergehenden Hyperinflation. Anschließend diente er sechs Jahre als Außenminister, eine Zeit, die oft als „Ära Stresemann“ bezeichnet wird und von der Aussöhnung Deutschlands mit seinen Nachbarn, insbesondere Frankreich, geprägt war. In dieser Rede sprach sich Stresemann jedoch für eine harte Linie gegenüber Frankreich aus, das seiner Meinung nach unter einem fadenscheinigen Vorwand deutsche Gebiete annektieren wollte. Er schien seine Worte nicht nur an seine Kollegen im Reichstag zu richten, sondern auch an führende Politiker außerhalb Deutschlands, die er vor den neonapoleonischen Ambitionen Frankreichs warnte. Stresemann appellierte auch an den Gerechtigkeitssinn der ausländischen Staats- und Regierungschefs, wenn es darum ging, Deutschland in die Reparationsverhandlungen einzubeziehen, und spielte damit auf die Tatsache an, dass die offene Diplomatie der erste der Vierzehn Punkte von Präsident Wilson war, welche die Nachkriegsordnung bestimmen sollten. Die Tatsache, dass Wilsons Prinzipien den Versailler Vertrag prägten, verpflichtete die Vereinigten Staaten außerdem, ihn zumindest einzuhalten, so Stresemann, wenn die USA ihn auch nicht ratifizieren wollten.

Quelle

[...]

Mit dem Einmarsch in das Ruhrgebiet beginnt der Versuch der Realisierung der Ansprüche Frankreichs auf die politische und wirtschaftliche Beherrschung Europas. Dabei spielt noch der Begriff Waffenkammer, wenn man von der Ruhr spricht, eine besondere Rolle. Gegen wen soll es sich richten, wenn man jetzt offen davon spricht, daß Frankreich im Besitz dieser Waffenkammer sein solle? Etwa gegen Deutschland? Man hat die Welt in Zweifel darüber versetzt, ob Deutschland entwaffnet sei. Ich glaube nicht, daß darüber in der Welt nach dem, was die Deutschen im Ruhrgebiet erdulden müssen, ohne daß die deutsche Regierung sie schützen kann, irgendein Zweifel sein dürfte. Denn es dürfte keine Regierung in der Welt geben, die diese Mißachtung der Souveränität des Staates und diese Brutalität gegenüber ihren Staatsbürgern dulden würde, wenn sie sich nicht in vollkommenem Zustande der Wehrlosigkeit befände. Damit erledigen sich alle Phrasen über die angebliche Bedrohung Frankreichs durch Deutschland, die Frankreich zu diesem oder jenem Schritte drängen müsse.

Die Tatsache bleibt: durch Versailles ist Frankreich die größte, ja fast die einzige militärisch maßgebende

Macht auf dem europäischen Kontinent geworden. Nie hat Napoleon I. auf der Höhe seines Ruhmes eine solche Machtfülle in sich vereinigt wie das Frankreich der Gegenwart. Wie er und wie die französischen Herrscher früherer Jahrhunderte unterliegt Frankreich heute wieder der Versuchung, sich über die Seelenstimmung der Völker im Bewußtsein dieser Macht hinwegzusetzen.

Rhein und Ruhr—darin liegt die Bedeutung dieser Wochen—sind vielleicht auch erst die ersten Etappen auf diesem Wege der Stabilisierung der französischen Hegemonie. Die Waffenkammer der Ruhr ist anscheinend in den Gedanken einzelner auch dazu bestimmt, weitere Etappen vorzubereiten, deren Schauplatz ja nicht Deutschland zu sein braucht.

Nun scheint es ja jetzt, als wenn doch einigermaßen die öffentliche Meinung in Frankreich über das Ergebnis dieser sechs Wochen unruhig wird. Wir sehen, daß die französische offiziöse Presse zu Hilfe gerufen wird gegen Reden deutscher Reichstagsabgeordneter, die den Herren auf die Nerven fallen. Gegenüber einer Rede, die ich in Dortmund gehalten habe, ist die Agence Havas veranlaßt worden, eine Notiz zu veröffentlichen, in der gesagt wird, es handle sich nicht darum, daß Deutschland jemals in Paris einen festen Vorschlag unterbreitet habe. Man bezieht sich auf das Gelbbuch^[1] und weist darauf hin, daß es sich nicht einmal um einen geschriebenen Vorschlag gehandelt habe („il ne s'agit pas d'une proposition écrite"), sondern lediglich um einen Schritt, der einen Besuch angekündigt habe („seulement une démarche annonçant une visite"). Weiterhin heißt es: die deutsche Regierung habe keinen definitiven Vorschlag gemacht. Damit der Sache auch der Humor nicht fehlt, ist in einer mich sehr ehrenden Weise im „Temps" gesagt: man lehne es ab, mich anzuklagen; ich sei ein Opfer der Unwahrheit der Wilhelmstraße geworden.

Ich möchte demgegenüber Wert darauf legen, das zu unterstreichen, was gestern der Herr Reichskanzler gesagt hat. Denn hier bereitet sich eine Fälschung der Tatsachen vor. Es hat sich nicht darum gehandelt, daß Herr Bergmann^[2] sich mit den Herren über Reparationen hat unterhalten wollen, sondern darum, daß er einen festen, selbstverständlich schriftlich fixierten deutschen Vorschlag zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage vorlegen wollte, daß aber die deutsche Regierung mit vollem Recht sich ausbat, daß sie an der Diskussion über ihren eigenen Vorschlag teilnehme, damit er nicht infolge mißverständlicher Interpretation der Öffentlichkeit verzerrt wiedergegeben würde, ohne daß sie selbst in der Lage wäre, auch dazu Stellung zu nehmen. Wie man doch überhaupt ohne jeden Chauvinismus einmal das eine sagen kann, daß diese ganze Art internationaler Konferenzen, in denen über Deutschlands Schicksal diskutiert wird, ohne daß Deutschland dabei gehört wird, all den Gedanken ins Gesicht schlägt, für die die Herren angeblich gefochten haben, als sie gegen Deutschland ins Feld zogen.

Für mich steht die Frage der Garantie der Wirtschaft so: Solange man nicht eine endgültige Lösung der Reparationsfrage hat, wäre es meiner Meinung nach eine vollkommen verkehrte Politik, aus innerpolitischen Gründen zu irgendeiner Sachbesteuerung zu schreiten, die nur eine Hypothek sein würde, die die Entente ergreift und auf der sie neue Erpressungen an Deutschland aufbaut. In dem Augenblick aber, wo mit einer Besteuerung des Sachbesitzes die Freiheit und Selbstbestimmung Deutschlands erkämpft werden kann, ist es selbstverständlich Pflicht der Regierung, sie zu fordern, und Pflicht dieser Kreise, dasjenige zu geben, was notwendig ist, um die übernommenen deutschen Verpflichtungen zu garantieren. Von diesem Gedanken ist man ausgegangen. Dieser Gedanke ist der Pariser Konferenz vorgelegt worden, und die Herren, die ihn nicht einmal diskutiert haben, haben weder das Recht, die deutsche Regierung, noch haben sie das Recht, die deutsche Wirtschaft anzuklagen.

Der deutsche Vorschlag ist den Parteiführern im Hause, soviel ich weiß, in seinen großen Zügen bekannt, er ist, glaube ich, auch einigen Mitgliedern der Reparationskommission bekannt, und es hieße den französischen Nachrichtendienst sehr unterschätzen, wenn man annehmen wolle, daß nicht auch Herr Poincaré^[3] ihn ganz genau kennt. Wenn er diesen deutschen Vorschlag der Regierung Cuno^[4] für einen neuen Beweis des schlechten Willens Deutschlands hielte, sich von Reparationsverpflichtungen zu drücken, dann wäre er schon längst von dieser Seite veröffentlicht worden. Nein! Weil man keine

Reparationen, sondern den Ruhreinmarsch haben wollte, deshalb durfte davon nicht die Rede sein, deshalb war dieser deutsche Vorschlag für Frankreich nur eine Demarche, die den Besuch eines Herrn ankündigen sollte!

Der Herr Reichskanzler hat gestern gesagt, dieser Vorschlag hätte Frankreich in den Besitz des Ertrags einer internationalen Anleihe gesetzt, doch schließlich des festen, unparteiischen Wertmessers für das, was man einem Volke zutraut, leisten zu können. Er hätte hinzufügen können, daß er darüber hinaus auch für denjenigen Teil des Angebots, der nicht sofort von einer internationalen Anleihe aufgenommen wurde, die Verzinsung der Leistungen ebenfalls durch Deutschland angeboten hat. Er hätte hinzufügen können, daß für die Jahre, in denen ein Moratorium beansprucht war, eine nachträgliche Zahlung Deutschlands in Aussicht genommen war, und weiter, daß im Jahre 1932 eine dritte Rate, wenn die Welt sie aufnahm auf Grund des internationalen Kredits, den Interalliierten zugeflossen wäre. Ich möchte Herrn Benesch[5] fragen, wenn er der Freund Frankreichs ist, der den Zerfall der französischen Finanzen verhindern will, ob er nicht seinem Freund Poincaré hätte zureden sollen, über diesen Vorschlag zu diskutieren, anstatt ins Ruhrgebiet einzumarschieren, falls es Frankreich um die Frage der Reparationen und der Sanierung der französischen Finanzen zu tun gewesen wäre.

Kein vernünftiger Mensch in Deutschland wird einer Verständigung mit Frankreich widerstreben. Aber Frankreich hat alle Voraussetzungen dafür vernichtet. Ich würde mich freuen, wenn wir denjenigen französischen Staatsmännern trauen könnten die uns immer versichern, daß sie niemals an Annexionen und Eroberungen gedacht hätten. Das ist ein Spiel mit Worten, denn für uns handelt es sich um eine Abtrennung deutschen Gebiets, und ob es sich dabei um eine offene oder verschleierte Annexion handelt, ist gleichgültig. Dafür sind uns moralisch und völkerrechtlich verpflichtet die Nationen, die den Vertrag von Versailles unterschrieben haben, aber auch die intellektuellen Urheber des Vertrags, auch wenn sie ihn nicht unterzeichnet haben. Noch vor vierzehn Tagen hat der General de Castelnau[6] im „Echo de Paris“ ganz offen auf die alten Bestrebungen Frankreichs hingewiesen, das Rheingebiet von Deutschland loszulösen. Der Herr Reichskanzler hatte ganz recht, wenn er sagte, daß wir in der Welt allein stehen. Wirtschaftlich wird es in dem uns aufgezwungenen Kampf überhaupt keinen Sieg geben, es wird sich nur fragen, wo mehr wirtschaftliche Werte zerstört werden. Eine größere bewußte Zerstörung wirtschaftlicher Werte ist noch nie dagewesen. Der Kampf ist ungleich. Aber trotzdem glaube ich, daß Frankreich bisher wirtschaftlich schwer gelitten hat. Das „Gerede von Verhandlungen“, wie der Herr Reichskanzler sagte, oder das „Flennen nach Verhandlungen“, wie Minister Severing[7] betonte, wird uns nicht weiterbringen. Nötig ist vielmehr, daß wir durch einmütigen Widerstand Frankreich zwingen, seinen Widerstand gegen die internationalen Verhandlungen über die Reparationsfrage aufzugeben.

[...]

ANMERKUNGEN

[1] Amtliche Dokumente wurden in Frankreich gewöhnlich auf gelbem Papier gedruckt.

[2] Carl Bergmann, Diplomat und Unterhändler Deutschlands in Reparationsfragen.

[3] Der französische Premierminister Raymond Poincaré.

[4] Reichskanzler Wilhelm Cuno befand sich seit drei Monaten im Amt. Er war ernannt worden, da er als Experte für Wirtschaftsfragen und Reparationen galt.

[5] Der tschechische Außenminister Edvard Benesch/Beneš.

[6] General Édouard de Castelnau war während des Ersten Weltkriegs französischer General und zum Zeitpunkt dieser Rede Mitglied der französischen Abgeordnetenversammlung.

[7] Der preußische Innenminister Carl Severing.

Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Bd. 1, Vom Ruhrkrieg bis London. Berlin: Ullstein, 1932, S. 39-42.

Empfohlene Zitation: Gustav Stresemann über die Ruhrbesetzung (7. März 1923), veröffentlicht in:
German History in Documents and Images,
<<https://germanhistorydocs.org/de/die-weimarer-republik-1918-1933/ghdi:document-5409>>
[16.03.2026].